



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 1 5. Wahlperiode: 1959-63

(3.5.1960) Nr. 26 - Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen



Bremische Bürgerschaft (Landtag)

5. Wahlperiode

Drucksachenabteilung I

Mitteilungen und Antworten des Senats

Nr. 26

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag)

vom 3. Mai 1960

Politische Erziehung und Bildung in der Schule

Die Deputationen für allgemeinbildende Schulen und für Berufs- und Fachschulen haben sich in den letzten Jahren mehrfach mit den Fragen des politischen Unterrichts in der Schule beschäftigt. Die dabei von der Schulverwaltung vorgelegten Berichte und die Ergebnisse der Beratungen in den Deputationssitzungen sind nach Meinung beider Deputationen von erheblicher politischer Bedeutung. Die Deputationen haben daher in ihrer gemeinsamen Sitzung am 1. März 1960 beschlossen, der Bürgerschaft einen Bericht vorzulegen, in dem die Bemühungen um die politische Erziehung in der Schule dargestellt sind. Der Senat schließt sich den im Bericht dargelegten Auffassungen und Vorschlägen an und leitet ihn der Bürgerschaft (Landtag) zu.

Politische Erziehung und Bildung in der Schule (Behandlung der neueren deutschen Geschichte)

I. Die Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen

Die bremische Verfassung bestimmt in ihrem Artikel 26 als wesentliche Aufgabe der Erziehung und Bildung unserer Jugend:

1. Die Erziehung zu einer Gemeinschaftsgesinnung, die auf der Achtung vor der Würde jedes Menschen und auf dem Willen zu sozialer Gerechtigkeit und politischer Verantwortung beruht, zur Sachlichkeit und Duldsamkeit gegenüber den Meinungen anderer führt und zur friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Menschen und Völkern aufruft.
2. Die Erziehung zu einem Arbeitswillen, der sich dem allgemeinen Wohl einordnet, sowie die Ausrüstung mit den für den Eintritt ins Berufsleben erforderlichen Kenntnissen und Fähigkeiten.
3. Die Erziehung zum eigenen Denken, zur Achtung vor der Wahrheit, zum Mut, sie zu bekennen und das als richtig und notwendig Erkannte zu tun.
4. Die Erziehung zur Teilnahme am kulturellen Leben des eigenen Volkes und fremder Völker.

Mit diesen Forderungen, die sowohl in das bremische Schulgesetz als auch in die Lehrpläne für die bremischen Schulen eingefügt worden sind, ist die politische Aufgabe der Schule klar umrissen: die Erziehung der Jugend zur Demokratie. Verbindliche Themen in den Lehrplänen sorgen dafür, daß in der politischen Erziehung auch die neuere

deutsche Geschichte vom Beginn des ersten Weltkrieges bis zum Zusammenbruch nach dem zweiten Weltkrieg sowie die Gegenwartsprobleme einschließlich der deutschen Spaltung und des deutschen Wiederaufbaues behandelt werden. Art und Umfang dieses Unterrichts in den Abschlußklassen zeigen die nachstehenden Auszüge aus den Lehrplänen.

Hauptschule, 8. Klasse (2 von 30 Unterrichtsstunden, mit Wahlfach 4 von 32 Stunden).

Der Imperialismus und der erste Weltkrieg:
Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte.
Koloniale Bestrebungen in Deutschland.
Deutschlands Eingreifen in die imperialistische Politik.
Die USA entscheiden den ersten Weltkrieg.
Der Versailler Vertrag.
Versuch einer territorialen Neuordnung Europas.

Die Weimarer Republik:
Die Revolution von 1918. Die Verfassung von 1919.
Ebert und Rathenau.
Inflation, Ruhrkampf, rechtsradikale Umsturzversuche.
Die Dolchstoßlegende.
Die Weltwirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit.
Von Brüning bis Papen.

Hauptschule, 9. Klasse (4 von 30 Unterrichtsstunden, mit Wahlfach 6 von 32 Stunden).

Die nationalsozialistische Diktatur:
Die Radikalisierung der unzufriedenen Massen.
Wirtschaftliche Scheinblüte und Kriegsvorbereitung.
Die Widerstandsbewegung im Dritten Reich.
Judenverfolgung, Konzentrationslager.

Der zweite Weltkrieg:
Hitlers Angriffskrieg. Stalingrad.
Der „totale Krieg“.
Die Männer des 20. Juli 1944. Das Ende.

Das geteilte Deutschland:
Die Vertreibung aus der Heimat. Das Flüchtlingsproblem.
Die Gebiete unter fremder Verwaltung.
Die vier Besatzungszonen.
Die Entwicklung in West- und Mitteldeutschland.
Hauptstadt Berlin.

Die Sowjetunion — Der Ostblock:

Das Land — „ein Sechstel der Erde“.

Die bolschewistische Revolution. Das Wirtschaftssystem.

Die Sowjetunion wird Weltmacht.

Die Länder im Ostblock. Das neue China.

Die demokratische Ordnung:

Das Grundgesetz der Bundesrepublik.

Rechte und Pflichten der Bürger.

Das Prinzip der Gewaltenteilung.

Bremen als Stätte der Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Die Freie Hansestadt Bremen heute.

Der Kampf um Frieden und Freiheit in der Welt:

Briand und Stresemann. Das Scheitern des Völkerbundes.

Die Charta der UNO.

Der Europa-Gedanke nach dem zweiten Weltkrieg.

Montan-Union. Gemeinsamer Markt.

Bemühungen um den Ausgleich zwischen Ost und West.

Mittelschule, 9. Klasse (3 von 28 Unterrichtsstunden, mit Wahlfach 5 von 34 Stunden).

Wirtschaft, Gesellschaft und Staat vor dem ersten Weltkrieg.

Das Zeitalter des Imperialismus.

Kampf der Großmächte um Rohstoffe und Absatzmärkte.

Deutschlands Eintritt in die Weltwirtschaft und Welt-politik um 1900.

Der erste Weltkrieg und seine Folgen.

Mittelschule, 10. Klasse (3 von 28 Unterrichtsstunden, mit Wahlfach 5 von 34 Stunden).

Der Vertrag von Versailles.

Die Weimarer Republik. Ihre Bemühungen um wirtschaftliche, soziale und politische Gesundung Deutschlands.

Die Dolchstoßlegende.

Erfolge der Verständigungspolitik.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Weltwirtschaftskrise.

Die Diktatur des Nationalsozialismus.

Der Weg in die Katastrophe des zweiten Weltkrieges.

Der zweite Weltkrieg und seine Auswirkungen. Der Zusammenbruch des europäischen Staaten- und Völkergefüges.

Das zweigeteilte Deutschland. Der Wiederaufbau Deutschlands.

Versuche einer Neuordnung Europas und der Welt.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik.

Die Bremer Landesverfassung.

Die Stellung des einzelnen im Staat.

Grundrechte und Grundpflichten des Staatsbürgers.

Gymnasium, 10. Klasse (3 von 31 Unterrichtsstunden, mit Wahlfach 5 von 34 Stunden).

Das Zeitalter des Imperialismus.

Der erste Weltkrieg und seine Folgen.

Ausführlicher ist zu behandeln:

Die Weimarer Republik und ihre Bemühungen um die wirtschaftliche, soziale und politische Gesundung Deutschlands.

Die russische Revolution. Lenin.

Die Diktatur des Nationalsozialismus. Der Weg in die Katastrophe von 1945.

Zwei Weltmächte. Das zweigeteilte Deutschland.

Das Ende des Kolonialismus.

Streben nach übernationalen Ordnungen.

Politische Fragen unserer Zeit:

Beispiele: Europafrage — UNO, NATO — politische Fronten — Bündnissysteme — unsere Auslandsvertretungen — innenpolitische Fragen.

Gymnasium, 12. Klasse (3 von 29 Unterrichtsstunden, mit Wahlfach 5 von 34 Stunden).

Die Parteien als Grundlage der Demokratie:

Beispiele: Von der Notwendigkeit der politischen Parteien — Parteiprogramme — Das Kräftespiel der Parteien — Gefährdung der demokratischen Ordnung durch eine Einheitspartei.

Die Verfassung als Grundlage des Staates:

Aus dem Grundgesetz — Aus der Bremer Landesverfassung.

Die Mitarbeit des jungen Staatsbürgers im öffentlichen Leben:

Beispiele: Jugendgruppen und Verbände — Junge Wählergemeinschaften — Junge Presse — RIAS-Schülerparlament.

Gymnasium, 13. Klasse (3 von 29 Unterrichtsstunden, mit Wahlfach 5 von 34 Stunden).

Die Zeit der Weimarer Republik:

Die Struktur der Weimarer Republik: Verfassung und Parteien. Die Leistungen: Erhaltung der Reichseinheit; Wiederaufbau; Rückkehr in den Kreis der europäischen Staaten; Reichtum geistigen Lebens. Die Schwächen: Vorbelastung durch die Niederlage. Dolchstoßlegende; Fehlen der demokratischen Traditionen; die nur formale Loyalität der Reichswehr; mangelndes Verständnis der Siegermächte. Versuche der Befriedung Europas und der Welt: Rapallo, Rathenau, Stresemann, Briand, Genfer Völkerbund, Locarno, Kelloggakt. Die Auflösung der Weimarer Republik: Weltwirtschaftskrise, Präsidialsystem.

Der Hitlerstaat:

Antidemokratische Kräfte in Europa. Mißachtung von Recht und Menschenwürde. Unterdrückung von Wissenschaft, Literatur und Kunst. Parteideologie als Ersatzreligion. Bekämpfung der Kirchen. Rassenlehre. Totalitätsanspruch. Streben nach Autarkie. Weltanschaulich begründeter Imperialismus. Reichstagsbrand. Aufhebung der Grundrechte, Ermächtigungsgesetz; Gleichschaltung von Reich und Ländern, von Partei und Staat. Der Anschluß Österreichs. Ende der Tschechoslowakei, deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag, Angriff auf Polen. Der zweite Weltkrieg. Konzentrations- und Tötungslager, Judenmorde, Vernichtung „unwerten Lebens“. Die Widerstandsbewegung. Der Zusammenbruch.

Nach dem zweiten Weltkrieg:

Die Westverschiebung Polens. Die Entstehung der Bundesrepublik. Das geteilte Deutschland. Die Charta der Vereinten Nationen und die UN-Organisation. Bemühungen um die Einigung Europas. Blockbildungen: NATO und Warschauer Pakt. Ende der Kolonialherrschaft. Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Errichtung der Volksrepublik China. Erwachen der farbigen Welt: Konferenz von Bandung.

Besinnung auf die Werte der demokratischen Lebensform, Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus.

Wege zum friedlichen Zusammenleben der Völker:

Beispiele: Völkerrecht — UNO — Friedensbewegung — Rotes Kreuz — geistiger und kultureller Austausch — internationale Begegnung.

Politische Erziehung ist jedoch nicht auf das Fach Geschichte beschränkt, sondern ein Unterrichtsprinzip, das den Unterricht in allen Fächern durchdringt. So werden neben den vorstehenden für die Fächer Geschichte, Gemeinschaftskunde und Gegenwartskunde verbindlich festgelegten Themen u. a. auch in den Fächern Erdkunde, Philosophie und Religionskunde Fragen der neueren deutschen Geschichte und der politischen Bildung behandelt.

In enger Verbindung mit den unterrichtlichen Maßnahmen stehen die erzieherischen Möglichkeiten der Schule. Gerade in der politischen Erziehung und Bildung kommt es nicht nur auf die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen an, sondern noch mehr auf Haltung und Verhalten. Die vielfältigen Erziehungssituationen der Schule, wie freiwillige Arbeitsgemeinschaften, Schullandheimaufenthalte, Wanderungen, Leibeserziehung, musische Erziehung, Schulfeste und nicht zuletzt die Schülermitgestaltung und die Schriftleitung von Schulzeitungen, bieten den Schülern zahlreiche Gelegenheiten zu Mitarbeit und eigener Arbeit.

II. Politische Erziehung in den berufsbildenden Schulen

Die Berufsschulen sind für die politische Erziehung der heranwachsenden Jugend von besonderer Bedeutung. Fast 90 % unserer Jungen und Mädchen müssen nach ihrem Eintritt ins Berufsleben eine berufsbildende Schule besuchen.

Die Schule soll den Jugendlichen helfen, Fragen, die sich aus ihrer neuen Lage, aus der Arbeitswelt sowie aus dem dauernden Umgang mit Erwachsenen und deren Angelegenheiten ergeben, zu beantworten. Sie muß dem Jugendlichen seine Stellung sowie seine Rechte und Pflichten in Betrieb, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat deutlich machen. In den beiden ersten Jahren stehen im Gemeinschaftskunde-Unterricht der Berufsschule Jugendrecht, Arbeitsrecht und Wirtschaftskunde im Vordergrund, während es im letzten Jahr die staatsbürgerlichen und politischen Fragen sind. Diese Themen sollen nicht rein theoretisch vorgetragen werden. Bei ihrer Behandlung ist immer wieder auf die jüngste deutsche Geschichte einzugehen, damit die in der Weimarer Verfassung und im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerte demokratische Rechtsordnung als Gegensatz zu der nationalsozialistischen Zeit mit ihren Unrechtsmaßnahmen verstanden wird. Daneben sind aktuelle politische und zeitgeschichtliche Fragen in den Unterricht einzubeziehen und den Jugendlichen verständlich zu machen.

Berufsschulen, 3. Schuljahr (1 Stunde je Woche).

Staatsformen: Monarchie, Republik;
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Vorgeschichte;
allgemeine Grundgedanken, Grundrechte;
der Aufbau der Bundesrepublik, der Bund und die Länder;
das Wesen des Parlamentarismus;
Parlament und Regierung, Wahlen und Wahlsysteme;
der Bundestag, der Bundesrat;
der Bundespräsident, die Bundesregierung;
der Gang der Gesetzgebung;
die politischen Parteien in der Bundesrepublik;
die Verfassung des Landes Bremen;
die Hansestädte: ihr Charakter als Land und als freie Stadt;
die Stadt Berlin, die Verhältnisse in der SBZ;
die deutschen Ostgebiete;
Vereintes Europa, Europarat, die Montanunion;
die Vereinten Nationen; der Nordatlantikpakt.

Infolge des Lehrer- und Raummangels an den Berufsschulen können jedoch an Stelle der im Schulgesetz vorgesehenen 12 Unterrichtsstunden je Woche an den gewerblichen Berufsschulen im Durchschnitt nur 6, an den kaufmännischen Berufsschulen nur 8 Stunden Unterricht erteilt werden. Diese Einschränkung trifft alle Unterrichtsfächer. Im Fach Gemeinschaftskunde ist dies aber besonders spürbar. An den Gewerblichen Berufsschulen z. B. kann nur in jeder zweiten Woche 1 Stunde Gemeinschaftskunde (vorgesehen ist in jeder Woche 1 Stunde) gegeben werden. Der Anteil der Berufsschule an der politischen Erziehung unserer Jugend ist infolgedessen leider geringer, als erwartet wird und erwünscht ist. Die baldige Beseitigung des Lehrer- und Raummangels an den Berufsschulen ist daher nicht nur im Interesse der Berufsausbildung, sondern auch im allgemeinen politischen Interesse von größter Dringlichkeit.

In den Berufsfach- und Fachschulen gibt es, genau wie in den allgemeinbildenden Schulen, das Fach Gemeinschaftskunde. Das vorstehend über die Berufsschulen Gesagte gilt leider auch — wenn auch nicht überall im gleichen Umfange — für den Unterricht in den Berufsfach- und Fachschulen. Auch hier kann nicht alles getan werden, was vorgesehen und erwünscht ist, weil Lehrer und Räume fehlen. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß Gemeinschaftskunde in den Berufsfach- und Fachschulen überwiegend staatsbürgerkundlicher Unterricht ist, bei dem die neuere deutsche und die Zeitgeschichte nicht immer zu ihrem Recht kommen. Die Überarbeitung und Ergänzung der Lehrpläne dieser Schulen ist daher erforderlich und vorgesehen.

III. Lernmittel (Schulbücher)

Die bremischen Schulen benutzen im Geschichts- und im Gemeinschaftskunde-Unterricht folgende Bücher:

Grund- und Hauptschulen:

Wege der Völker, Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/Main;
Gimm: Bremer Heimatatlas, Verlag Eilers & Schünemann, Bremen.

Mittelschulen:

Spiegel der Zeiten, Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/Main;

Gimm: Bremer Heimatatlas, Verlag Eilers & Schünemann, Bremen.

Gymnasien, 7. bis 10. Klassen:

Pinnow, Stöckl, Seis, Krüger: Geschichtliches Unterrichtswerk I, II, III und IV, Ernst Klett-Verlag, Stuttgart;
Seitzer: Füreinander — Miteinander, Ernst Klett-Verlag, Stuttgart.

Gymnasien, 11. bis 13. Klassen:

Fernis — Haverkamp: Grundzüge der Geschichte, Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/Main;
Frede — Kollnig: Freiheit und Verantwortung, Ernst Klett-Verlag, Stuttgart;

Arbeits- und Lesereihen für alle Schulen:

Peters: Synchronoptische Weltgeschichte, Universum-Verlag, GmbH., Frankfurt/Main;
Riemeck: Europa und die Welt seit 1945, Verlag Gerhard Stalling AG., Oldenburg i. O.;
Fetscher: Von Marx zur Sowjetideologie, Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/Main;
Krallert — Kühn — Schwarz: Atlas zur Geschichte der deutschen Ostbesiedlung, Verlag Velhagen & Klasing, Bielefeld;
Pargel: Deutsche Heimat im Osten, Rembrandt-Verlag, Berlin;
Ostdeutschland — Hand- und Nachschlagebuch für alle Gebiete ostwärts von Oder und Neiße, Holzner-Verlag, Kitzingen/Main;
Schrödels Lesehefte Ost- und Westpreußen I, Hermann Schrödel Verlag KG., Hannover, Ost- u. Westpreußen II (do.), Schlesien I (do.), Schlesien II (do.), Pommern (do.).

Berufs- und Fachschulen:

Nebelsiek: Der Gemeinde-, Staats- und Weltbürger, Rudolph Müller-Verlag, Köln-Braunsfeld;
Gerhard — Schrader: Die Gemeinschaft und Du, Dr. Max Gehlen-Verlag, Homburg v. d. Höhe;
Seitzer: Einer für alle — alle für einen, Ernst Klett-Verlag, Stuttgart;
Schweitzer: Gemeinschaftskunde, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Diese Bücher wurden vor ihrer Einführung sorgfältig geprüft. Bücher mit unrichtigen oder nationalsozialistisch gefärbten Darstellungen sind daher in Bremen nicht in Gebrauch. Dennoch muß gesagt werden, daß die zur Zeit benutzten Bücher nicht allen Anforderungen genügen. Insbesondere für die Hauptschule fehlt ein gutes, dem Verständnis der Schüler dieser Jahrgänge angepaßtes Geschichtsbuch. Die Bemühungen der Schulverwaltung um ein solches Buch sind bisher leider erfolglos geblieben, sollen aber fortgesetzt werden.

IV. Lehrmittel für politische Erziehung

Den bremischen Schulen stehen zur Verfügung:

Filme, Bildreihen:

Die Landesbildstelle hat 133 Filme und Bildreihen für den zeitgeschichtlichen und gemeinschaftskundlichen Unterricht, die die Schulen gern und viel benutzen. 18 Filme und 17 Bildreihen behandeln Themen aus Ost- und Mitteldeutschland.

Rundfunkgeräte:

Alle bremischen Schulen haben Rundfunkgeräte, mit denen u. a. die zeitgeschichtlichen und gemeinschaftskundlichen Schulfunksendungen von Radio Bremen abgehört werden können.

Schallplatten:

Jede Schule hat die Kasette „Deutschland im 2. Weltkrieg“. Sie enthält zwei Schallplatten mit Auszügen aus Reden, die von Nationalsozialisten zu Beginn und während des Krieges gehalten wurden.

Tonbandgeräte:

92 allgemeinbildende Schulen haben Tonbandgeräte, die zur Aufnahme und zum wiederholten Abhören von Schulfunksendungen, aber auch von zeitgeschichtlichen Ereignissen und politischen Reden benutzt werden.

Landkarten und Bildtafeln:

Die alten, durch den Ausgang des Krieges überholten Landkarten sind inzwischen weitgehend durch neue Karten ersetzt worden. Auch Schaubilder und Bildtafeln für den staatsbürgerlichen Unterricht sind in allen Schulen vorhanden.

Schülerbüchereien:

Die Schülerbüchereien in den Schulen können leider nicht in dem wünschenswerten Umfange ausgestattet werden. Es fehlen vor allem geeignete Bücher mit zeitgeschichtlichen Darstellungen, da das unter II für Schulbücher Gesagte auch für Kinder- und Jugendbücher zutrifft.

Lehrerbüchereien und Informationsmaterial:

Jede Schule hat für ihre Lehrerbücherei im Laufe des letzten Jahres 13 Quellen- und Standardwerke zur Zeitgeschichte und Gegenwartskunde erhalten. Außerdem erhält jede Schule laufend:

- die Zeitung „Das Parlament“ mit Beilage „Aus Politik und Zeitgeschehen“;
- Wandzeitungen, herausgegeben von der Europa-Union;
- Informationen zur Politischen Bildung, herausgegeben von der Bundeszentrale für Heimatdienst;
- Informationsschriften, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen.

V. Lehrer und Lehrerfortbildung

Voraussetzung für die politische Erziehung in der Schule sind Lehrer, die zur Erfüllung dieser Aufgabe bereit und für sie ausgebildet sind. Von den meisten bremischen Lehrern kann man sagen, daß sie den demokratischen Staat bejahen und daß sie bereit und seit Jahren unter z. T. schwierigen Umständen bemüht sind, die ihnen anvertrauten Kinder im demokratischen Geiste zu erziehen. Das so Geleistete ist um so mehr anzuerkennen, als nur sehr wenige Lehrer für die Behandlung politischer Fragen im Unterricht besonders ausgebildet worden sind.

Diese Tatsache macht die Ausweitung der Lehrerfortbildung notwendig. Den vielen Lehrern, in deren Schulzeit und Ausbildung Gegenwartsfragen nicht oder nur nebenbei behandelt wurden, muß die Möglichkeit gegeben werden, diese immer fühlbarer werdende Lücke zu schließen. Zeitgeschichte sowie politische und staatsbürgerliche Themen wurden daher schon in den letzten Jahren zu Schwerpunkten in der Lehrerfortbildung gemacht. Außer diesen, durch die Ausbildung bedingten Mängeln machen das Tempo der politischen Entwicklung und die Fülle der politischen Ereignisse eine verstärkte Lehrerfortbildung notwendig. Dem einzelnen ist es heute kaum noch möglich, die Entwicklung genau zu verfolgen, geschweige denn, alles richtig einzuordnen. Es ist die vielleicht dringendste Aufgabe der Lehrerfortbildung, in Vorträgen und Arbeitsgemeinschaften sowie durch das Bereithalten der zahlreichen politischen Veröffentlichungen dem Lehrer die Ursachen der Entwicklung und den Zusammenhang der Ereignisse klarzumachen. In ihren Bemühungen um die politische Erziehung und Bildung unserer Jugend wird die Schule nur dann erfolgreich sein, wenn die Lehrer für diese Aufgabe stets gut informiert und ausgerüstet sind. Die starke Teilnahme an derartigen Veranstaltungen und die Benutzung der dafür geschaffenen Einrichtungen sind deutliche Beweise für das vorhandene Bedürfnis und das steigende Interesse der Lehrer, das auch durch die Zahlen des vergangenen Jahres bestätigt wird:

23 Vorträge wurden, zum Teil von namhaften Wissenschaftlern, gehalten. Eine Anzahl davon wurde gemeinsam mit dem Verband der Geschichtslehrer, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Bremer Volkshochschule veranstaltet.

Staatsbürgerliche Tagungen der Bundeszentrale für Heimatdienst, des Staatsbürgerlichen Seminars Bonn, des Ostkollegs Köln und des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg wurden besichtigt.

Die Bücherei der Pädagogischen Arbeitsstelle wurde ausgebaut und hat mehr als 400 Bände zeitgeschichtlichen und politischen Inhalts.

VI. Maßnahmen zur Förderung der politischen Erziehung

Die zahlreichen in der Öffentlichkeit immer wieder laut gewordenen Klagen über das geringe geschichtliche und politische Wissen unserer Jugend machen es notwendig, die Bemühungen um die politische Erziehung zu verstärken. Zweifellos handelt es sich hier um eine Aufgabe, die Eltern, Lehrer, Politiker, Schulen, Erwachsenenorganisationen, Zeitungen und Rundfunkanstalten gleichermaßen angeht. Sie kann auch nur dann erfüllt werden, wenn alle Beteiligten eng zusammenarbeiten und wenn mehr als bisher getan wird. Dabei muß jedoch betont werden, daß die Kenntnis geschichtlicher Tatsachen und staatlicher Einrichtungen zwar wichtig ist, aber für sich allein noch keine politische Bildung bedeutet. Politische Bildung beinhaltet den Willen zur Auseinandersetzung mit den Problemen und Geschehnissen unserer Zeit. Sie verlangt eine klare Stellungnahme zu diesen Problemen und Geschehnissen, weil ein Ausweichen eine Flucht vor der Zeit, also etwas Unpolitisches, ist. Politische Bildung bedeutet die Bereitschaft zum Gespräch mit Andersdenkenden und anderen — auch mit Schülern — zum Austausch und Abwägen von Gründen und Gegenständen.

Auf Grund der gesammelten Erfahrungen hält die Schulverwaltung folgende Maßnahmen für notwendig:

Politische Erziehung auf der Pädagogischen Hochschule:

In den Studienplan der Pädagogischen Hochschule ist das Gebiet „Politische Erziehung“ aufzunehmen. In den Prüfungen müssen die Bewerber nachweisen, daß sie mit den Elementen der demokratischen Ordnung vertraut sind und einen Überblick über die deutsche Geschichte unseres Jahrhunderts und ihrer Verflechtung mit der Weltgeschichte haben. Sie müssen die Haupttatsachen kennen, die zur Zerstörung des Rechtsstaates in der nationalsozialistischen Zeit geführt haben, und sich über Ursache und Wirkung der Spaltung Deutschlands eine Meinung gebildet haben. Für diesen Zweck muß an der Pädagogischen Hochschule der Freien Hansestadt Bremen ein „politischer Lehrstuhl“ geschaffen werden, der mit den Studenten nicht nur den Stoff, sondern auch die Methodik dieses Faches zu erarbeiten hat.

Gemeinschaftskunde im Staatlichen Studienseminar:

Das im vorigen Absatz Gesagte gilt für alle Lehramtsbewerber, also auch für die Studienreferendare.

Das Studienseminar hat bereits seit 2 Jahren einen Fachleiter für Gemeinschaftskunde. An seiner Arbeitsgemeinschaft müssen alle Studienreferendare im dritten Semester teilnehmen. Jeder Referendar muß außerdem in Gemeinschaftskunde hospitieren und eigene Unterrichtsversuche machen.

Intensivierung der Lehrerfortbildung:

Die Lehrerfortbildung wird ab 1. April 1960 der Pädagogischen Arbeitsstelle übertragen. Die damit erstrebte Zusammenfassung aller Fortbildungsmaßnahmen wird sich besonders auf die Veranstaltungen zur politischen Bildung vorteilhaft auswirken.

In der Ausbildungszeit zwischen der Ersten und Zweiten Prüfung muß sich künftig jeder Lehrer mit der Methodik der Gemeinschaftskunde (als Prinzip und als Fach) vertraut machen.

Erteilung zeitgeschichtlichen und politischen Unterrichts:

Die politische Erziehung ist nicht an ein Fach und einen Fachlehrer gebunden. Jeder Lehrer muß sich ständig um die politische Bildung der Schüler bemühen und alle Gelegenheiten im Unterricht wahrnehmen, um auf politische Zusammenhänge, geschichtliche Ursachen u. ä. hinzuweisen.

Einhaltung der Lehrpläne:

Die in den Lehrplänen gestellte politische Erziehungsaufgabe zu erfüllen, ist die Pflicht eines jeden Lehrers. Schulleiter und Schulrat haben ihn dabei zu unterstützen, aber auch auf die Erfüllung der Aufgabe zu achten.

Überarbeitung der Lehrpläne:

Für die Hauptschule sind seit Ostern 1959, für Grundschule und Gymnasium seit Ostern 1960 neue Lehrpläne in Kraft. In ihnen sind für neuere deutsche Geschichte und für Gegenwartskunde in allen Fächern verbindliche

Themen festgelegt. Die Lehrpläne der anderen Schulen und Schularten — Mittelschulen, Sonderschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen — sollen ebenfalls überarbeitet werden, damit sie auch in den politischen Fragen den heutigen Anforderungen entsprechen.

Lehrmittel:

Alle Schulen werden vermehrt ausgestattet mit
neuezeitlichen Bildtafeln,
neuen Landkarten,
Karten zur Zeitgeschichte,
Schallplatten mit zeitgeschichtlichen Reden und Beiträgen,
Tonbändern mit zeitgeschichtlichen Reden und Beiträgen.

Lernmittel:

Die Bemühungen um bessere Schulbücher, vor allem um gute Geschichtsbücher für die Hauptschule und für die Mittelschule sowie um zeitgeschichtliche Lesestoffe für die Schüler, werden verstärkt fortgesetzt.

Reifeprüfung:

Da die neuere deutsche Geschichte in allen Abschlußklassen behandelt wird, ist sie schon jetzt Gegenstand der Reifeprüfung.

Lehrerbüchereien:

Die Lehrerbüchereien in allen Schulen sind mit weiteren zeitgeschichtlichen Quellen- und politischen Standardwerken auszustatten, damit auf die im Unterricht auftauchenden Fragen jederzeit und sofort geantwortet werden kann.

Politische Studienfahrten:

Studienfahrten nach Berlin, in die sowjetische Besatzungszone, ins Zonengrenzgebiet und nach Bonn wecken und stärken erfahrungsgemäß das politische Interesse der beteiligten Schüler außerordentlich. Ihre Veranstaltung hing bisher im wesentlichen von der Bereitschaft der Lehrer ab. Im Interesse der politischen Erziehung müßte festgelegt und ermöglicht werden, daß jede Klasse in ihrer Schulzeit mindestens eine solche Studienfahrt macht.

Vorträge von Parlamentariern und politischen Beamten im Unterricht:

Durch Runderlaß vom 20. August 1959 ist es den Schulen nahegelegt und freigestellt, bei passenden Gelegenheiten u. a. auch Abgeordnete und Politiker zu Vorträgen vor Schülern heranzuziehen. Diese unbürokratische Regelung, die die Entscheidung und Verantwortung den einzelnen Schulleitern bzw. Lehrern überläßt, hat sich im allgemeinen gut bewährt.

Schülermitgestaltung und Schulzeitungen:

Die Schülermitgestaltung (SMG) muß im Interesse der politischen Erziehung unserer Jugend mehr als bisher gefördert und unterstützt werden. Dazu gehört vor allem eine stärkere Hilfe bei der Herausgabe von Schulzeitungen.

Die Schulverwaltung weiß, daß das erstrebte Ziel nicht von heute auf morgen zu erreichen ist und daß die Verwirklichung ihrer Vorschläge und Wünsche viel Arbeit, Mühe und Geld kosten wird. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß die bremischen Lehrer an dieser, für die Zukunft unseres Staates und Volkes entscheidenden Aufgabe mit ihrer ganzen Kraft mitarbeiten und daß die parlamentarischen Instanzen unseres Stadtstaates die für die Erfüllung dieser Aufgabe erforderlichen zusätzlichen Mittel bereitstellen werden. Betont sei aber nochmals, daß politische Bildung nicht allein das Wissen um geschichtliche Vorgänge und staatliche Einrichtungen ist und daß die politische Erziehung nicht allein von Schule und Lehrer abhängt, sondern von uns allen, von jedem Erwachsenen, der mit Kindern und Jugendlichen umgeht. Und wie überall in der Erziehung, kommt es auch in der Politik auf das Beispiel an, und darum sei hier abschließend das wiedergegeben, was der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen in seinem am 22. Januar 1955 erschienenen „Gutachten zur politischen Bildung und Erziehung“ sagt:

„Politische Jugenderziehung ist eine Voraussetzung guter Politik. Aber die politische Erziehung des Volkes im ganzen geschieht wesentlich durch die Politik selbst. Deshalb werden die Bemühungen um die politische Erziehung scheitern, wenn nicht die Politiker sich der erzieherischen Wirkungen bewußt sind, die im Guten und Schlechten von ihrem Handeln ausgehen.“

Dehmkamp
Senator

Landwehr
Sprecherin
der Deputation für
die allgemeinbildenden
Schulen

Könsen
Sprecher
der Deputation für
die Berufs- und
Fachschulen

